



EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

Nr. 092.122-006

Bern, 29. August 1991

In der Antwort anzugeben
 A rappeler dans la réponse
 Ripeterlo nella risposta

354

An den
B u n d e s r a t

V E R T R A U L I C H

I n f o r m a t i o n s n o t i z

Besuch in der BRD (26./27.8.1991)

Auf Einladung des Bundesverteidigungsministers Dr. Stoltenberg stattete ich der Bundesrepublik einen zweitägigen Besuch ab. Neben den Gesprächen im Verteidigungsministerium bot sich Gelegenheit zu einem Meinungs austausch mit Staatsministerin Seiler-Albring im Auswärtigen Amt sowie zu einem Abstecher zum Territorialkommando Ost, Berlin. Folgende Ergebnisse des Besuches verdienen, festgehalten zu werden:

1. Sicherheitspolitische Lagebeurteilung:

Unmittelbar nach dem gescheiterten Putsch in der Sowjetunion war von BRD-Seite keine abschliessende Bewertung der neuen Lage zu erwarten. Herausragendes Merkmal der Gespräche war vielmehr, dass auch in der Bundesrepublik zur Zeit noch sehr unscharfe Vorstellungen über die Konturen einer europäischen Sicherheitsordnung bestehen. Klar betont wird allerdings, dass die NATO mit ihrer transatlantischen Komponente weiterhin als das wesentlichste Sicherheitsbündnis erhalten bleiben muss. Die Bundesrepublik unterstützt deshalb die Schaffung multinationaler schneller Eingreifverbände im NATO-Rahmen. Dazu muss allerdings das Problem der französischen Abwesenheit in der NATO-Militärstruktur befriedigend gelöst werden.



- 2 -

Komplementär zur NATO soll die WEU gestärkt werden. Meine Gesprächspartner gehen davon aus, dass sie als verteidigungspolitischer Pfeiler der EG ausgebaut wird.

Was die Frage einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der EG betrifft, sind Nuancen in der Beurteilung des Aussen- und Verteidigungsministeriums nicht zu verkennen. Während das Auswärtige Amt klar für die Vergemeinschaftung dieser Politikbereiche im Rahmen der Politischen Union eintritt, hält man im Verteidigungsministerium etwas zurück: Jedenfalls rechnet man dort nicht damit, dass der Grundsatz des Mehrheitsentscheids dereinst auch auf die Sicherheitspolitik übertragen wird.

Eines ging ganz klar aus meinen Gesprächen hervor: Die Frage einer künftigen Erweiterung der EG um mittel- und osteuropäische Länder ist nicht geklärt. Gleichzeitig wird aber anerkannt, dass diese Grundsatzfrage letztlich entschieden werden müsste, bevor eine Vergemeinschaftung der Sicherheitspolitik beschlossen wird. Die Schaffung einer Politischen Union mit einer gestärkten aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Handlungsfähigkeit birgt nämlich unzweifelhaft das Risiko in sich, dass sich die EG als neue politische Grossmacht gegen aussen, d.h. also auch gegenüber ihren europäischen Nachbarn, abschottet. Dass man dieses Risiko in der BRD erkannt hat, war zwischen den Zeilen deutlich herauszuhören. Man ist sich in Bonn auch sehr wohl bewusst, dass die grundsätzliche Bereitschaft der EG, alle beitrittswilligen europäischen Länder aufzunehmen, durch die neuen Entwicklungen in der Sowjetunion vor eine Bewährungsprobe gestellt werden könnte. Vorläufig versucht man die Frage zu umgehen durch eine forcierte Annäherung in Form von Assoziationsverträgen, die auch aussenpolitische Komponenten enthalten sollen. Interessant war schliesslich die Feststellung von Frau Seiler-Albring, der innere Zusammenhalt der EG lasse kaum Mitgliedschaften zu: Diese Äusserung steht im klaren Gegensatz zu Stellungnahmen von Mitgliedern der EG-Kommission.

2. Restrukturierung der deutschen Streitkräfte und Rolle der Bundeswehr in der ehemaligen DDR:

Beeindruckend ist die Art und Weise, wie in der BRD das schwierige Problem der Auflösung der Nationalen Volksarmee und der Integration ihrer Einheiten in die Bundeswehr angepackt wird. Die wirtschaftlichen Dimensionen des Problems sind beachtlich: Es werden nur 7% der NVA-Angehörigen definitiv in die Bundeswehr übernommen werden können. Für die anderen 93% werden daher Arbeitsplätze geschaffen oder fürsorgliche Massnahmen ergriffen werden müssen. Die Liquidation von Waffen, Munition und Immobilien wird insgesamt Kosten in der Grössenordnung DM 16,5 Mrd. verursachen. Die Regierung rechnet jedoch damit, dass sich der Restrukturierungsprozess plangemäss durchführen lassen wird. Nach dem bisher ebenfalls plangemäss verlaufenden Abzug der sowjetischen Streitkräfte wird auf dem Gebiet der neuen Bundesländer ein gegenüber früher stark reduziertes militärisches Potential die Sicherheit gewährleisten.

3. Neutralität im Verhältnis zur EG:

Ich benutzte die Gelegenheit der Gespräche, um die neue schweizerische Sicherheitspolitik darzulegen. Dabei habe ich namentlich auch die Bedeutung der KSZE aus Schweizer Sicht betont. Es bestand indessen weitgehende Übereinstimmung darüber, dass der KSZE-Konsensmechanismus in Krisensituationen wie dem Jugoslawienkonflikt oder den jüngsten Spannungen in der Sowjetunion erhebliche Schwächen aufweist. Umso wichtiger ist für die Festigung der sicherheitspolitischen Stabilität Europas, dass die bereits getroffenen, aber noch nicht ratifizierten Rüstungskontrollvereinbarungen mit der Sowjetunion so schnell wie möglich in Kraft gesetzt werden müssen.

Im Rahmen einer Diskussion über das Verhältnis der Schweiz zur EG habe ich auf die laufenden Arbeiten zur Neubeurteilung der schweizerischen Neutralität verwiesen. Meine deutschen Gesprächspartner liessen ziemlich klar durchblicken, dass sie etliche Zweifel hegen, ob sich Neutralität und EG-Mitglied-

- 4 -

schaft, angesichts der immer klarer zutage tretenden politischen Finalität der EG, miteinander vereinbaren lassen.

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT


Kaspar Villiger